

Interview mit Heiko Klare, Bundessprecher der Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus

Lynn Berg (LB): Was macht die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus?

Heiko Klare (HK): Wir unterstützen Menschen, Institutionen, Organisationen, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichheitsvorstellungen auseinandersetzen müssen oder wollen. Müssen, weil es einen konkreten Vorfall gibt. Zum Beispiel rechte Cliquen, die im Umfeld aufpassen oder weil es vor Ort Übergriffe gibt, gegen die sich zivilgesellschaftliche Akteur_innen zur Wehr setzen möchten. Ein anderes Beispiel ist das Erstarken der AfD, die den kommunalen Diskurs beeinflusst, wogegen sich dann bürgergesellschaftliches Engagement gründet. Bei Auseinandersetzungen geht es häufig darum längere Prozesse zu begleiten.

Wo es keinen konkreten Vorfall gibt möchten Menschen oder Organisationen sich häufig fit machen. Dort bedarf es dann einer Strategie- und Leitbildentwicklung, Konzeptüberarbeitung oder Qualifizierung von Mitarbeitenden. Das hatten wir in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Wohlfahrtsverbände, die die Einrichtungen für Geflüchtete entweder selbst betreiben oder ehrenamtliche Begleitung organisieren.

Es geht darum mit Erfahrungswissen, Expertise, mit beraterischen Möglichkeiten und politischer Bildung zivilgesellschaftliches Engagement und eine demokratische Einfallskultur zu stärken. Das Ziel ist die Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Wir möchten die demokratische Alltagskultur ganz konkret in sozialen Räumen, im Viertel, in der Straße, in der Schule, im Unternehmen oder im Arbeitsumfeld so stärken, dass sie nicht durch Ungleichwertigkeitsdiskurse beeinflusst werden kann. Dabei ist die Stimmung vor Ort immer ein Thema. Wir versuchen so zu arbeiten, dass wir nicht direkt eine Lösung anbieten, sondern uns an den Ressourcen und Zielen der Menschen orientieren um gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln. Das machen wir jetzt hier in NRW seit elf Jahren. Das gibt es bundesweit ausgehend von Ostdeutschland seit 2001 mit Teams in allen Bundesländern und der Ansatz geht zurück auf ein zivilgesellschaftliches Engagement in Brandenburg schon Mitte der 90er Jahre.

LB: Wie kann man sich die Arbeit mit den Ressourcen vor Ort genau vorstellen?

HK: Einerseits hängt es sehr davon ab, wer uns anfragt. Andererseits ist das Vorgehen aber tatsächlich oft ähnlich. Eine typische Anfrage lautet etwa: »Bitte kommt vorbei und löst das Problem«. Wir kommen dann immer gerne vorbei, aber wir werden das Problem nicht lösen. Wir können allerdings dabei unterstützen es selbst zu lösen. Und wir können schauen, wer vor Ort noch Unterstützung leisten kann, damit das nicht alleine getan werden muss. Eine Anfrage von Wohlfahrtsverbänden lautet beispielsweise: »Unsere Ehrenamtlichen melden uns zurück, dass sie für ihr Engagement vom Freundeskreis angefeindet werden. Was könnt ihr dagegen tun?« Dann bieten wir gemeinsame Schulungen oder Gesprächsräume an, sodass die Ehrenamtlichen sowas erstmal artikulieren können und dabei hauptamtlich begleitet werden. Gleichzeitig wird oftmals klar, dass sich auch der Verband öffentlich und gegenüber seinen Mitarbeiter_innen positionieren muss. Dazu muss der Verband zunächst an seiner Haltung und seinen Strategien arbeiten. Besonders spannend ist das bei Verbänden, die sich selbst als neutrale Einrichtungen verstehen und wir dann gemeinsam überlegen, wie sowas trotzdem funktionieren kann.

Wir begleiten seit Anfang des Jahres sehr viele Prozesse in Schulen. Dort tauchen in den WhatsApp Chat-Gruppen der Klassenverbände immer häufiger rassistischen Memes oder Facebook Kacheln auf, die vor allem Grüne- und SPD Politiker_innen diskreditiert. Auch bewusste Falschmeldungen und Gerüchte aus dem Ort kursieren dort. Ein Beispiel: In eine Unterkunft sind Geflüchtete eingezogen und haben alle elektrischen Geräte geklaut. Das stimmt nicht, aber es macht die Runde. Wir hatten Anfang des Jahres zwei bis drei Schulen pro Woche, die sich aufgrund solcher Ereignisse bei uns gemeldet haben. Die Erwartung der Lehrer_innen ist häufig, dass durch unsere Intervention ein Aha-Effekt entsteht und eine Einstellungsänderung eintritt. So einfach ist das nicht, und das versuchen wir deutlich zu machen. Es gibt immer ein langes Erstgespräch, in dem es um die konkreten Herausforderungen, dahinterliegende Probleme und deren lokale Zusammenhänge geht. Zum einen aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, aber auch ganz konkret vor Ort. Die Beratung im ländlichen Raum unterscheidet sich von der in Gelsenkirchen. Und auch in Gelsenkirchen ist es wichtig zu wissen, ob der Stadtteil eher durch eine bürgerliche Mitte geprägt ist oder es sich um einen alten Arbeiterstadtteil handelt.

Wir richten unseren Blick auch auf die Macht- und Hierarchieverhältnisse vor Ort, weil sie die Diskussionen und die Diskussionskultur bedingen. Es ist vollkommen klar, dass ein_e Lehrer_in oder ein_e Ehrenamtskoordinator_in die Stimmung im Ort nicht allein verändern kann. Wir versuchen herauszufinden, was die Leute mit den ihnen verfügbaren Ressourcen vor Ort erreichen können und wie man ein Unterstützungsnetzwerk aufbauen kann.

Jan Üblacker (JÜ): Du hast die Unterschiede zwischen ländlichem Raum und Arbeiterviertel eben schon beispielhaft angeschnitten. Was für Unterschiede sind das und wie geht ihr damit um?

HK: Uns hilft es dabei, sich auf die Zielgruppen einzustellen und über die unterschiedlichen Gründe für extrem rechte, menschenfeindliche Stimmungen und das Engagement dagegen zu reflektieren. Im ländlichen Raum hängt es wohl möglich damit zusammen, dass schon die Nachbar_innen aus dem nächsten Dorf Fremde sind. Da geht es vielleicht um Besitzstandswahrung oder Angst davor, dass durch Veränderungen auch Bedrohungen entstehen. In den Stadtteilen des nördlichen Ruhrgebiets sind diese Veränderungen eigentlich stets präsent. Dort ist es spannend zu beobachten, wie diese Veränderungen und Probleme gerahmt werden. Die Zuwanderung aus Osteuropa und wie man damit umgeht ist in Duisburg und Gelsenkirchen immer noch ein Thema. An manchen Orten wird die Zuwanderung durch die Politik über Aussagen wie z.B. »die kommen, die machen hier Müll und Lärm« thematisiert und dadurch skandalisiert. An wiederum anderen Orten gehen die Menschen aufeinander zu und treten miteinander in Dialog: »Wir nehmen euch ernst, aber wir lassen nicht zu, dass jetzt alle Probleme auf die Neuhinzugekommenen abgeladen werden«. Es geht darum diese Engagement-Strukturen aufzubauen und die Ausgrenzungsdiskurse nicht hegemonial werden zu lassen. Deswegen ist es wichtig den sozialen Raum und die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Ein konkretes Beispiel: Münster-Hiltrup ist ein Ortsteil, der während der Gemeindereform 1974 eingemeindet wurde und etwas außerhalb liegt. Es gibt dort eine starke Binnenidentität als Kleinstadt. In den Jahren 2015 und 2016 beschloss der Rat der Stadt Münster die Verteilung von Unterbringungen für Geflüchtete in unterschiedlichen Stadtteilen. Im Ortsteil Hiltrup gab es sehr früh erste Stimmen aus der Lokalpolitik, die sich gegen eine Unterbringung in Hiltrup aussprachen, weil man ohnehin schon genug Probleme hätte. Als dann eine Unterkunft für alleinreisende junge Männer in der Nähe des Sportplatzes gebaut werden sollte, stellten sich der Bezirksbürgermeister und der Stadtverordnete der CDU gegen den Konsens der gleichmäßigen Verteilung. Damit bauten sie auf einer Stimmung auf, die ohnehin schon im Ort vorherrschte. Aussagen wie z.B.: »dann kommen diese Männer und dann kann man die jungen Frauen nicht mehr allein zum Sportplatz lassen« oder »das große Münster will uns ja sowieso schon immer...« machten die Runde. Das führte in einem Teil der Stadtgesellschaft und in diesem Ortsteil zu einer sehr heißen Diskussion. Es war ein großes Thema in den Zeitungen und auch die Reaktion der übrigen Bezirke verstärkte die Polarisierung noch weiter.

Im Frühjahr 2016 kam es dann zum ersten Brandanschlag auf die noch unbewohnte Unterkunft. Im Sommer gab es einen weiteren, bei dem das Gebäude so

massiv beschädigt wurde, dass es abgerissen und neu gebaut werden musste. Aus den Befragungen der zwei verurteilten Personen wissen wir heute, dass die Neonazi-Szene nicht beteiligt war. Die Beiden haben sich gesagt: Wir müssen jetzt was tun. Aus der Stimmung im Ortsteil haben sie den vermeintlichen Willen der schweigenden Mehrheit abgeleitet und entsprechend gehandelt. Ich glaube es gibt in diesem Verlauf eine Eskalation, die auch durch die politischen Debatten vor Ort befeuert wurde. Das führt dazu, dass sich Leute bestärkt fühlen Ansichten vorzubringen, die sie vielleicht vor fünf Jahren so noch nicht geäußert hätten.

Das Interessante ist, dass man die Geschichte aus der Sicht des größten und am besten funktionierenden Hilfsnetzwerks in Münster auch ganz anders erzählen kann. Die beiden Kirchengemeinden und der Verein im Ort verfügen über ein gut funktionierendes Netzwerk, dass schon sehr früh versuchte, die Stimmung in eine andere Richtung zu beeinflussen. Auf öffentlichen Veranstaltungen hat diese Gruppe immer wieder betont, dass es egal ist wer da aus welchen Gründen kommt und das man eben helfen müsse. Diese beiden Gruppen haben ein völlig anderes Gefühl von Sicherheit, von Zusammenhalt oder davon was da gerade im Stadtteil passiert und die beschreiben die Stimmung auch ganz unterschiedlich. Das Beispiel zeigt, dass aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive kaum noch etwas verändert werden kann, wenn Lokalpolitik und deutungsmächtige Akteur_innen an den eskalierenden Diskursen beteiligt sind und diese dadurch hegemonial werden.

LB: Wie kommt es zu diesen Kippmomenten in der Stimmung, die Du am Beispiel von Münster erklärt hast?

HK: Ein Beispiel: Grade in NRW gab es vor acht oder neun Jahren viele Diskussionen rund um Neu- oder Umbauten von Moscheen oder Gebetshäusern. Wie geht man damit um und wie ist das einzuschätzen? Hinzu kamen Akteure wie ProNRW, die die Debatten instrumentalisiert und weiter zugespitzt haben. Vor Ort hat man sich immer die Frage gestellt: Wie machen wir das denn, wenn die Moscheegemeinde einen Neubau erreichen möchte? Die Durchschlagskraft dieser Strategie vor Ort geht verloren, wenn die gesamtgesellschaftliche »Unterfütterung« in Form einer akuten Debatte fehlt.

Vergleichbares war mit den Konflikten um die Unterbringung von Geflüchteten oder der vermeintlich von Geflüchteten ausgehenden Gewalt zu beobachten. Die einzelne Tat wird von einer Gruppe vor Ort als Beleg für eine vermeintlich allgemeine Gefahr dargestellt und in den gesamtgesellschaftlichen medialen Diskurs eingebettet. Wo diese Verknüpfung von übergeordnetem Diskurs und lokalen Ereignissen genau auftritt ist kaum vorhersehbar. Es hat, glaube ich, mit dem Zusammenspiel von unterschiedlichen Aspekten zu tun. Es ist eine Frage der Lokalität und der dortigen Existenz von extrem rechten Gruppen, die diese

Ereignisse aufgreifen und instrumentalisieren. Außerdem ist entscheidend, wie in diesen Orten bisher mit Konfliktfällen umgegangen wurde. Gibt es deutungsmächtige Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft, die versuchen diese Diskurse zu beeinflussen? Je nach Größe des Sozialraums kann es schon entscheidend sein, ob beim einzigen Bäcker im Ort ein Plakat einer Initiative für eine Unterbringung oder einer Initiative dagegen hängt.

JÜ: Welche Bedeutung würdest Du bei diesen Prozessen den lokalen Medien beimessen?

HK: Vor fünf oder zehn Jahren hätte ich gesagt, dass die Lokalzeitung großen Einfluss hat. Mittlerweile habe ich den Eindruck, dass es immer noch wichtig ist, aber weniger wird. Wir beobachten, dass es in vielen Städten mittlerweile eine sehr breite Vernetzung von Leuten gibt, die potentiell ansprechbar für sehr einfache Deutungen von Konflikten sind. Über Facebook Gruppen wie »We love XY« oder »Unser.....«. Dort werden auch Artikel der Lokalzeitung geteilt, die dann schon mit einem Kommentar und einem Deutungsangebot versehen sind. Dabei ist unklar, ob die Leute den Artikel lesen oder ob die Überschrift mit dem Deutungsangebot schon ausreicht, um eine bestimmte Dynamik in Gang zu setzen. Das funktioniert sowohl im Sinne von »Das finde ich gut« als auch im Sinne von »Das ist aber skandalös, da müssen wir jetzt was machen«.

Ich glaube ein Problem ist, dass es immer weniger Lokalzeitungen gibt. In den meisten Kommunen außerhalb der urbanen Räume gibt es nur noch eine Lokalzeitung, die zudem mit Lokalpolitik verwickelt ist und als deren Veröffentlichungsorgan genutzt wird. Die Idee des politischen Kommentars ist in der Lokalzeitung nicht mehr so weit verbreitet, weil man sich bei irgendwem in die Nesseln setzt, der oder die dann die Zeitung abbestellt. Parallel dazu gibt es im Lokalen mehr Leute mit Blogs, die ganz andere Sachen »von unten« thematisieren und so zu einer stärkeren Meinungsvielfalt vor Ort beitragen.

Lokalzeitungen sind besonders dort wichtig, wo Akteur_innen sehr schnell auf Gerüchte reagieren müssen. Im Kreis Steinfurt gab es vor drei Jahren über Whats-App und Facebook verbreitete Gerüchte über Geflüchtete, die Elektrogeräte entwendet hätten. Der Sozialarbeiter in der Einrichtung hat das mitbekommen und gemeinsam mit der Stadtverwaltung bei der Lokalzeitung angerufen, um dort einen klärenden Artikel mit Fotos vom Schauplatz zu veröffentlichen. So wurde das Gerücht relativ schnell dekonstruiert. Das ist sehr wichtig, weil die Lokalzeitungen eine breite Masse erreichen.

LB: Wie genau agieren rechte Akteur_innen um die Stimmung vor Ort zu beeinflussen?

HK: Ein Beispiel dafür ist eine Entwicklung in Bottrop. Seit Anfang letzten Jahres gibt es eine sehr starke Mobilisierung aus dem Bereich der Mischszenen. Da gibt es Aktivist_innen, die bisher nicht in Erscheinung getreten sind, die vor Ort verwurzelt sind und die jetzt das Thema der gewalttätigen Migrant_innen instrumentalisieren. Die schaffen es in der Stadt für Diskussionen zu sorgen und gleichzeitig in ihrem eigenen Milieu und darüber hinaus Menschen zu mobilisieren. Das ist unter dem Stichwort »Mütter gegen Gewalt« passiert. Eine Aktivistin, die sich selbst als »enttäuschte SPD-Wählerin« und »nicht rechts« bezeichnet, trägt auf den Demos und Mahnwachen entsprechende Schilder, zu denen aber auch rechte Hooliganstrukturen, Neonaziaktivisten, Sympathisant_innen und Mitglieder der AfD kommen. So bildet sich ein neues Milieu, das relativ schnell durch die Besetzung dieses Themas zusammengefunden hat. Ob sich so eine Dynamik im Raum entfalten kann, hängt von den Gelegenheitsstrukturen ab.

In Bottrop gab es einen Übergriff in einem städtischen Park, dessen Hintergründe zunächst unklar waren. Später stellte sich heraus, dass es gar nicht so war, wie die Aktivisten es gesehen hatten. Zu diesem Zeitpunkt war das schon relativ egal, weil die Spirale bereits lief. Das heißt, es gab einen Übergriff, es gab die gesamtgesellschaftliche Diskussion, es gab die Diskussion in der Stadt und es gab lange keine deutliche Positionierung der Offiziellen. Es war relativ schnell klar, dass die Frau die Diskussion nicht alleine vorangetrieben hat, sondern schnell Unterstützung aus anderen Orten und von ähnlichen Gruppierungen bekommen hat. Mittlerweile reist sie durch die Republik und taucht immer wieder auf solchen Demonstrationen auf. So entsteht in der Szene mehr Wissen, mehr Vernetzung, mehr Unterstützung und dann bekommt das Ganze eine andere Qualität.

LB: Gibt es eine große Bereitschaft rechter Akteur_innen zu wandern und an anderen Orten zu mobilisieren?

HK: Ja, die Bereitschaft gibt es auch. Aber es funktioniert nicht ohne den passenden Ort. Die »Wanderkader« allein sind nicht nachhaltig. Wenn so etwas wirklich für Probleme vor Ort sorgen soll, dann muss es vorher irgendwelche Anknüpfungspunkte gegeben haben. Überall dort, wo ein Thema instrumentalisiert und am Köcheln gehalten wird, da funktioniert die Mobilisierung. An diesen Orten kann eine extreme Rechte etwas erreichen.

In der Region hier wurde ein katholischer Pfarrer über einen reichweitenstarken rechten Blog zweimal massiv angefeindet. Das erste Mal, als er sich positiv über eine örtliche Moscheegemeinde äußerte. Ein zweites Mal, als er die gute Zusammenarbeit mit dieser Gemeinde öffentlich betonte. Darauf hin wurde ver-

sucht das Ganze zu instrumentalisieren und es gab mehrere Morddrohungen per E-Mail.

Einige Monate später gab es eine zweite Kampagne, initiiert durch rechts-extreme Blogs. Ein der AfD nahestehender Akteur, der vor Ort wohnt, wollte in dem Saal der Kirchengemeine eine Veranstaltung mit einer Ordensschwester organisieren. Diese Ordensschwester hat sehr früh im Gebiet des Islamischen Staates Hilfe organisiert und überträgt hier sozusagen ihre Erfahrungen auf Deutschland und nimmt dabei alle Muslime in Haftung. Die Kirchengemeinde hat erst nach der Zusage für die Raumnutzung gemerkt, was dort vor sich geht und hat die Vermietung rückgängig gemacht. Daraufhin startete eine riesen Kampagne und den Pfarrer erreichten erneut Morddrohungen. Aber vor Ort ist nichts passiert. Im Gegenteil: von Anfang an gab es große Unterstützung für den Pfarrer. Nichts davon hat vor Ort verfangen, weil die entsprechenden Akteur_innen fehlten. Das kam von außen. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich die deutungsmächtigen Akteur_innen sehr schnell und sehr klar positionieren müssen. Wo das nicht funktioniert und nicht erprobt ist, da gehen »Räume« auf, die dann genutzt werden können.

LB: Zum Abschluss: Welche Bedeutung haben wissenschaftliche Befunde bei eurer Arbeit? Gibt es aus eurer Sicht Wissenslücken?

HK: Die Beratungsarbeit ist verknüpft mit aktuellen wissenschaftlichen Befunden und auch mit der Theorie. Mit Stichworte wie »Ressourcenorientierung« oder »Lebensweltorientierung« haben wir Anknüpfungspunkte in der Sozialen Arbeit, der Politikwissenschaft, der politischen Bildung und den Erziehungswissenschaften. Es ist eine Praxis, die auf Theorie fußt. Unser Handeln soll durch wissenschaftliche Arbeit legitimiert und belegt sein. Besonders hilfreich sind für uns immer die Einstellungs-Untersuchungen. Allerdings ist es schwierig, weil sie auf ganz Deutschland bezogen sind. Das ist vielleicht ein Hinweis darauf, was noch fehlt. Bisher gibt es sowas für NRW nicht. Interessant wäre es auch, einzelne Regionen, Städte oder Stadtteile zu erforschen. Welche Einstellungen sind dort zu finden? Das gibt es manchmal bei der Entwicklung von Handlungskonzepten, aber leider viel zu wenig. Es fehlt Empirie mit der man arbeiten könnte.

Ein weiterer Punkt sind Sozialraumanalysen. Es gibt immer mehr Landkreise und Kommunen, die sich auf den Weg machen Konzepte und Strategien zum Umgang mit Rechtsextremismus zu erarbeiten. Wenn wir in der Begleitung angefragt werden, ist die Sozialraumanalyse eine wichtige Grundlage. Die wird von Wissenschaftler_innen an Hochschulen übernommen, um gemeinsam mit der Praxis Konzepte zu entwickeln. Hier funktioniert die Vernetzung ziemlich gut und ist sehr hilfreich, weil so ein Konzept nur funktionieren kann, wenn es auf tatsächlichen Bedarfen aufbaut.

Aus meiner Sicht mangelt es am ehesten an kleinteilige Erhebungen. Wenn man seriöse Gegenstrategien erarbeiten will, dann muss man in diesen Räumen Untersuchungen durchführen.

Das Interview wurde von Lynn Berg und Jan Üblacker geführt.